

Der revolutionäre Vormarsch in Deutschland

Das die „Frankfurter“ schreibt.

Die „Frankfurter“ nimmt zu den Betriebsräteahlen in Deutschland Stellung und vergleicht die Veränderungen in der politischen Lage seit den Betriebsräteahlen im Vorjahre. Dann fährt sie weiter aus: „Seit den letzten Wahlen hat eine Verschärfung der Widersprüche der schwankenden Stabilisierung stattgefunden, und in erster Linie der Klassenverhältnisse. Die Streikbewegung wächst immer stärker, und gleichzeitig verschärft sich der sozialfaschistische Kurs der Koalitionsregierung, der Angriff gegen die kommunistische Partei (Volljährigereife zum 1. Mai), die Ausschlußkassenscheine der Gewerkschaftsdemokratie gegen die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften. Das ist die Antwort der vereinigten bürgerlich-sozialdemokratischen Front auf die neue Taktik der Komintern, und in noch stärkerem Maße die Antwort auf die Erfolge dieser neuen Taktik.

Die gegenwärtige Gruppe wird auch charakterisiert durch eine gewaltige Aktivität der Massen der Unorganisierten. Die neue Taktik ergibt sich logisch aus der Notwendigkeit der selbständigen Führung der Wirtschaftskämpfe.

Die Siege der revolutionären Opposition bei den Betriebsräteahlen überstiegen jegliche Erwartungen. Die Kommunisten saßen in den wichtigsten Industriezweigen und in den Großbetrieben festen Fuß.

Die Sozialdemokratie und ihre Spießgesellen der Brandler- und Thalheimer-Gruppe verbreiteten in der ganzen Welt ihre Lügenmeldungen über die „Krise der Komintern“. Die Siege der kommunistischen Partei sind um so bedeutender, als sie gegen den scharfen Widerstand der rechten Renegaten und Defektoren errungen wurden.

Die SPD. hatte aber auch den Konservatismus in den eigenen Reihen zu überwinden. Die neue Taktik wurde nicht sofort überall durchgeführt. In einer Anzahl von Fällen gab es Schwankungen und Unentschiedenheiten, die sich auf das Resultat der Wahlen auswirkten. Es besteht kein Zweifel darüber, daß bei einer vollkommener Durchführung dieser neuen Taktik die revolutionäre Opposition noch bedeutendere Erfolge erzielt hätte.

Ein Jahr Gefängnis für Streit

Ausnahmsregeln gegen Eisenbahner und Straßenbahner

(Fig. Ber.) Berlin, 25. April.

Der Strafrechtsausschuß hat einen besonderen Paragraphen ins neue Strafgesetzbuch eingefügt, der die Eisenbahner und Beamten der öffentlichen Verkehrsbetriebe mit einem Jahr Gefängnis bestraft, wenn sie durch Pflichtverletzung den Verkehr stören und dadurch eine Gefahr für Leib oder Leben oder Eigentum herbeiführen. Der Entwurf enthält höhere Strafen für die Eisenbahner, sogar Zuchthaus. Diese Bestimmungen wurden aber auf Grund wirkungsvoller Argumente des Genossen Schumann abgelehnt. Demnach hat der deutschnationale Abgeordnete Hansmann den neuen § 231a beantragt, der nun mit 13 gegen 10 Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen wurde.

Die dänischen Wahlen

Kopenhagen, 25. April. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der Wahlen zum dänischen Folketing haben von den einzelnen Parteien erhalten: die Sozialdemokraten 593 235 Stimmen gegenüber 497 106 Stimmen im Jahre 1926, d. h. plus 19 vom Hundert, die Venstre-Partei 402 148 gegenüber 378 737 oder plus 6,5 vom Hundert, die Konservativen 233 868 gegenüber 275 793 oder minus 15 vom Hundert, die Radikalen 151 729 gegenüber 150 931 oder plus 0,5 vom Hundert, der Rechtsstaatverband 25 795 gegenüber 17 463 oder plus 18 vom Hundert, die Schleswigsche Partei der Deutschen in Nordschleswig 9787 gegenüber 10 422 oder minus 6 vom Hundert, und die Kommunisten erhielten in dem vorwiegend bäuerlichen Land, in dem der Boden für eine revolutionäre proletarische Partei ungünstig ist, 8653 Stimmen. Voraussichtlich wird eine sozialdemokratische Regierung mit bürgerlicher Unterstützung gebildet werden.

Schreckliches Explosionsunglück in der Mars-Bleistiftfabrik

München, 25. April.

Ein erschütterndes Explosionsunglück ereignete sich in den Nachmittagsstunden in der Mars-Bleistiftfabrik. Aus dem dritten Stockwerk ertönte plötzlich ein gewaltiger Knall, dem sofort aus den Fenstern Flammengarben nachschlugen. Die Arbeiterinnen wurden von einem panikartigen Schrecken erfaßt. Der starke Rauch erschwerte den Ausstieg aus dem verschlossenen Arbeitsraum. Schreckliche Szenen spielten sich ab. Nicht alle erreichten aber den rettenden Ausgang. Neun, zum größten Teil total verohrte Leichen, acht Schwerverletzte sind der Explosion zum Opfer gefallen.

An der Unglücksstätte spielten sich fürchterliche Szenen ab. Kurz nach der Explosion sprang ein Mädchen, in Flammen gehüllt, vom dritten Stockwerk in den Hofraum und wurde als Erste in das Krankenhaus gebracht. Die Fabrik bietet in ihrem zerstörten Innern ein wildes Anblick. Sämtliche Fenster sind entweder geschmolzen oder zertrümmert. Die Straße ist mit Holzstücken, Dachziegeln, Eisenstangen usw. übersät.

Die Explosion soll durch Anwendung eines neuen Spritzverfahrens in der Lackiererei entstanden sein. — Nationalisierungsversuch auf Kosten des Lebens der Arbeiter.

Der Reichsjustizminister für Todesstrafe

Die Justizreaktion in der Koalitionsregierung

(Fig. Ber.) Berlin, 26. April.

Nicht umsonst hat das Zentrum für seinen Wiedereintritt in die Hermann-Müller-Regierung vor allem das Justizministerium gefordert. Die Justizreaktion soll weiter in äußerster Schärfe, in der rückständigsten Form über die deutschen Werttätigen herrschen.

Die erste Tat des neuen Zentrumsministers für Justiz, v. Guérard, war die Vertagung der ach so beschiedenen Ehescheidungsreform seines Vorgängers Koch von der Demokratischen Partei. Seine zweite Tat war am Donnerstag im Strafrechtsausschuß sein offenes Plädoyer für die Beibehaltung der Todesstrafe. Ganz im Sinne der Zentrumschriften.

Der Strafrechtswissenschaftler kennt, wie das geltende Strafgesetzbuch, die Todesstrafe bei Mord. Daß sie gestrichen werde, fordert ein Antrag der Kommunisten. Daß an ihre Stelle Zuchthausstrafe bis zu 10 Jahren oder auf Lebenszeit trete, beantragen die Sozialdemokraten.

Gegen die Beseitigung der Todesstrafe sprach der Zentrumsjustizminister mit den alten fadenscheinigen Gründen, daß das Volksbewußtsein, daß die Autorität des Staates sie fordere.

Genosse Alexander von der kommunistischen Fraktion wies in seiner Erwiderung auf das Bekenntnis des Ministers v. Guérard zur äußersten Justizreaktion und den wahren politischen Zusammenhang zwischen eben dieser Justizreaktion und der Koalition hin: jene ist eine der Existenzbedingungen für diese. Verzicht auf Ehescheidungsreform und Bekenntnis zur Todesstrafe sind zwei Erscheinungen ein und derselben Sache: der äußersten Konterrevolution in Sachen der Justiz.

Zur Frage der Abschaffung der Todesstrafe erklärte Genosse Alexander wiederholt, daß die Kommunisten grundsätzliche Gegner der Todesstrafe im Strafgesetzbuch sind und daß sie deshalb für ihre Abschaffung stimmen werden. Er zeigte aber auch wiederum, daß die Beseitigung der Todesstrafe bei Mord keineswegs ihr Verschwinden in Deutschland bedeute. Sie kann und wird mit Artikel 48 der Verfassung, mit der Verhängung des Belagerungszustandes nach dem Bedarf der Bourgeoisie jederzeit wieder eingeführt werden — auch weit über den Fall des Mordes hinaus, als politisches Kampfmittel der Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat. Diese Feststellung, daß die Todesstrafe, auch wenn sie im Strafgesetzbuch verschwindet, dennoch bleibt, nach den ausdrücklichen Verfassungsbestimmungen von Weimar bleibt, war den Sozialdemokraten sichtlich unbequem.

Bezeichnend war auch am Donnerstag wieder, daß die Anhänger der Todesstrafe im Strafrechtsausschuß sich vor allem aus den Bekennern des Christentums rekrutieren. Hierher gehören außer dem Zentrumsminister v. Guérard und seinen Parteifreunden Herr Emminger von der katholischen Bayer-

rischen Volkspartei und der Deutschnationalen Strahmann, seines Zeichens Professor der evangelischen Theologie an der Universität Erlangen. Dieser vor allem machte es sich zur Aufgabe, die Notwendigkeit der Todesstrafe aus den Geboten einer „objektiven Wichtigkeit“ nachzuweisen.

Es geht nichts über „Christliche Barmherzigkeit“!

Achtung, Delegierte zum schlesischen Bezirksparteitag!

Die Delegiertenkarten sind gestern an jeden Genossen direkt zum Versand gekommen.

Kleine Nachrichten

Eine Schneidemühle niedergebrannt. — Mehrere Millionen Franken Schaden. Brüssel, 25. April. In einer Schneidemühle in Wilvorde bei Brüssel brach am Donnerstag ein Großfeuer aus, das sich rasch auf die gesamten Holzvorräte ausdehnte. Nur mit Mühe gelang es, die verschiedenartigen Holzbearbeitungsmaschinen zu retten. Das Maschinenhaus selbst wurde ein Haub der Flammen. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Franken.

Die Opfer des Tornados in Texas. — Ueber 100 Verletzte. London, 25. April. Neben acht bei dem Tornado in Elcum in Texas ums Leben gekommenen Personen sind nach weiteren Meldungen mehr als 100 Personen verletzt worden. Der Zustand von 25 Verletzten ist besorgniserregend. Die Räumungsarbeiten sind noch nicht abgeschlossen, und verschiedene Bewohner des Dorfes werden noch vermisst.

„Graf Zeppelin“ gelandet. U. Friedrichshafen, 25. 4. „Graf Zeppelin“ ist um 10,21 Uhr nach 57stündiger Fahrt wohlbehalten gelandet.

Schiffsbrand im Hafen von Egerund. U. Stockholm, den 28. April. Am Donnerstagnachmittag traf das norddeutsche Motorschiff „Thalatta“ aus Oslo brennend im Hafen von Egerund (Schweden) ein. Bereits am Mittwochnachmittag war Feuer im Achterschiff ausgebrochen, ohne daß es möglich war, das Feuer auf offener See Herr zu werden. Die Besatzung hoffte jedoch, das Schiff noch bis nach Egerund führen zu können, wo ein Löschiß bereit lag. Als aber das Schiff in die Nähe des Hafens kam, wurde die Hitze so unerträglich, daß die Maschinisten das Schiff verlassen mußten. Nähere Angaben über das Schicksal des Motorschiffes und seiner Besatzung liegen noch nicht vor.

BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1920 by Greifenverlag, Koblach 1. 2.

„Alle ehemaligen Chargierten, vom Gefreiten aufwärts bis zum Generalleutnant, nach dem Konferenzzimmer im ersten Stock! — Wieder verschwand ein Teil.“

Artilleristen und Minenwerfer trüben zur Turnhalle, desgleichen alle Matrosen, kommandierte Großhe, dem es Spaß machte, wie eifrig man seinen Anordnungen nachkam.

„Wißt du mit den Kulis eine reitende Gebirgsmarine einrichten?“ fragte Ruderz.

„Ne, aber für den Fall, daß nicht genügend Artilleristen vorhanden sind, greifen wir auf die Matrosen zurück. Die wissen vom Schiff her am besten, wo bei den Kanonen vorn und hinten ist.“

„Maschinengewehrgehäusen sammeln sich drüben in der Ecke; alle Spezialisten: Pioniere, Flammenwerfer und dergleichen nach der Aule. Alles übrige in zwei Gliedern antreten, aber ein höchstes Marsch, marsch!“

„So bleiben die Kavalleristen?“ fragte eine Stimme.

„Ihr kriegt wieder ein Schanzelstech, aber vorläufig geht ihr zu Fuß bei der Infanterie,“ war die Antwort.

„Nensch, das Kommandieren hast du weg, wie mein früherer Hauptmann,“ bemerkte Ruderz bewundernd.

„Die das Kommando, so die Ausföhrung! — Jetzt teilt du hier von den Infanteristen immer Gruppen von fünf Mann ab, die sich aus ihrer Mitte einen selbstwählenden Gruppenführer wählen. Sonst hat Ender die dir zu jeder Gruppe vier Unausgebildete hinzugeben. Der Stellvertreter kriegt dann sofort Name, Adresse, Alter, Beruf und Organisation der Leute auf. Ich werde mir jetzt oben die Chargierten ansehen. Jeder Gruppen- und Zugführer, den ich dir schicke, kriegt einen Zettel mit.“

„Ja Befehl, Exzellenz!“ lachte Ruderz. — „aber wenn die Chargierten nun nicht ausreichen?“

„Dann besorgern wir welche kraft unserer Bollmacht,“ rief Großhe, und eilte die Treppe empor, wo ihm schon der Lehrer Jahrbuch mit einer Rüte entgegenkam.

„Elf Gefreite, dreißigwanzig Obergefreite und Unteroffiziere, fünf Feldwebel und je ein Offizierstellvertreter, Leutnant und Oberleutnant,“ meldete er.

„Der Leutnant sind Sie; aber wo haben Sie den Oberleutnant her?“ fragte Großhe überrascht.

Ein etwa vierzig Jahre alter Mann mit rötlichem Vollbart und Aneifer stellte sich mit unverkennbarem österreichischem Dialekt vor: „Alois Eubach — Buchhalter bei Falkenberg und Dpler — vom 16. I. und I. Artillerieregiment!“

Großhe kämpfte mit einem unbehaglichen Gefühl. „Und Sie wollen zur Roten Armee? Haben Sie sich das auch reiflich überlegt?“

„Ich war anderthalb Jahre in Rußland gefangen und kommandierte bei Rajan eine rote tschechische Kompanie. Das kann ich Ihnen natürlich im Moment nicht beweisen. Ich verstehe Ihr Mißtrauen vollkommen, lege auch keinen besonderen Wert auf ein Kommando. Am liebsten hätte ich einen Stotzkrupp; dann möchten Sie sehen, wer ich bin,“ antwortete der Oesterreicher einfach.

„Wir sprechen später über die Artillerie. Gehen Sie einstweilen nach unten und sehen Sie sich die Leute an,“ jagte Großhe kurz entschlossen und wandte sich den anderen zu. In einer knappen halben Stunde hatte er die provisorischen Gruppen- und Zugführer befallt.

Bei den technischen Truppen sah es noch weiß aus. „Ich habe,“ jagte Feldzentren, sieben Pioniere zu einer Gruppe zusammengepackt. Die drei Sanitäter und den Feldunterarzt werden wir auch gebrauchen können. Einen Bäckermacher habe ich gleich nach unten zur Waffensammelstelle geschickt. Aber was machen wir mit den anderen? Da sind Flieger, Minierer, Flammenwerfer, Schallmelente und sonstiges Gejag.“

„Das ist ja fein, die werden mit ihrer Bassenart registriert und in Gruppen zur besonderen Verwendung bereitgehalten,“ sagte Großhe.

Unterdessen waltete in den abgesperrten Partieräumen Ruderz mit einer Anzahl Arbeiter der schwierigen Aufgabe des Sortierens, Registrierens und Nachsehens der Beweismittel. Da gab es ganze Haufen von Gewehren und Karabinern, die sich zum Teil infolge unachtsamen Gebrauchs in einem trostlosen Zustand befanden. Dazu kamen mit Seitengewehren, Schanzzeug und Brotbesteln, ferner Handfeuerwaffen, Maschinengewehre und Handgranaten. Auf dem Gange fanden in langer Reihe leichte und schwere Maschinengewehre sowie ein Granatwerfer. In einem anderen Zimmer gab es Tornister, Selbstkassens, Stahlhelme; in einem dritten Feldkoffer, Knack-

pistolen und Kartenmaterial. In einer Hofede waren vier erbeutete Feldgeschütze und fünf Minenwerfer sowie eine Anzahl Feldküchen aufgeföhren. Und noch immer brachten Leute einzeln oder mit Handwagen allerlei Waffen, Munition und Ausrüstungsstücke. Vergeblich versuchte Ruderz, dessen Nerven eine bedenkliche Spannung erreichte hatten, Ordnung zu schaffen, kommandierte hierhin und dorthin, traf Anordnungen, die er im nächsten Moment wilderles und schimpfte, bis ihn ein Kumpel mit sanfter Gewalt auf eine Handgranatentüte niederdrückte:

„So, lieber Pöbber, nun hole erst mal tief Luft und rege dich etwas ab; wir werden schon unterdessen allein weiterkommen.“

Großhe hatte gehofft, bis elf Uhr abends mit allem fertig zu werden, um sich dann einige Stunden der Ruhe zu gönnen. Aber es wurde drei Uhr, ehe er sich auf einer Bank im Physikzimmer der Schule zu einem unerquicklichen Schlaf niederstrecken konnte. Der Bataillonarzt, Dr. Dirschauer, hatte es sich auf drei Stühlen bequem gemacht. Auf dem Tisch schliefen dicht an dicht Komfurlagerfächer, Nähmaschinen und Krankenlassenbeamter Blöb, die mit den wichtigen Funktionen des Proviant- bzw. Bäckmeisters betraut waren, während der Mechaniker Hofrichter, den man zum Waffenmeister bestimmt hatte, einfach in einer Ecke auf der Erde schnarchte. Am Fenster aber sah, zusammengekauert in einem Armfessel, Hans Rüpfer, der kleine stute Spüljunge des Flaschenlaboratoriums, der, seitdem ihn Großhe beim Bau einer Barrikade mitten im Feuer getroffen, zur Würde einer Bataillonssoldatensoldat avanciert war. In Aula, Turnhalle und Klassenzimmern hockten und lagen die Arbeiterkolonisten in den unangenehmsten Stellungen umher. Aber wenig Schlaf kam in ihre Augen. Um fünf Uhr früh wedte eine helle Feldtrompete die Schläfer, und alles rüfelte sich zum Abmarsch.

Wohl künftigen an diesem Sonntagmorgen die Ewerttruper Rixen zu Frühmesse und Gottesdienst. Aber alles frömte nach dem Hindenburgmarkt, um dem Auf- und Abmarsch der Roten Armee beiwohnen. In Bierreihen und straffer Haltung, das Gewehr auf der Schulter, marschierten die Kompanien auf und schwenkten zu einem Karree. Paltern auf dem Kopfsteinpflaster folgten die Geschütze, Sanitäts- und Bagagewagen.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Aktur Bomborn, für „Bericht und Bescheid“ und „Waldenburg“ Wilhelm Heubold, für „Bescheid“ und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Berlin. — Für den literarischen Teil Georg Maria in Hindenburg. — Für den künstlerischen Teil...

Zum 12. Parteitag der SPD.

Die Arbeit der SPD. unter den Frauen

Von Lena Oberlack

Warnend und alarmierend hat die SPD. auf dem Essener Parteitag immer lauter ihre Stimme erhoben zu dem Rufe:

Frauen, ein neuer Weltkrieg droht!

Sollten die Frauenmassen erneut völlig überzogen und überrollt vor einem neuen 4. August 1914, dem Tage des Ausbruchs eines Weltkrieges stehen? Das dürfte nicht sein! Die kommunistische Partei rief die Proletarierinnen zu gewaltigen Demonstrationen und Kundgebungen gegen den imperialistischen Krieg. Seite an Seite mit den Proletariern marschierten die Frauenmassen auf. Von ihren Transparenten rief es:

- Krieg dem imperialistischen Kriege!**
- Arbeiterinnen, melde Kriegsrückungen in den Betrieben!**
- Kämpfe um höhere Löhne, gegen das Ausbeutensystem!**
- Wir wollen nicht Gebärmärschiner sein für neues Kanonensfutter!**
- Planung mit dem Schandparagrafen 218!**
- Die russischen Frauen haben ihre Sklavenketten gesprengt — folgt ihrem Beispiel!**
- Schützt und verteidigt die Sowjetunion!**

Die kommunistische Partei sagte den Frauen: Seid auf der Hut, die Sozialdemokratische Partei verrät euch wie 1914, steht sie doch im Bunde mit den Kapitalisten! Viele werktätige Frauen glaubten uns noch nicht. Und diese Sozialdemokratische Partei konnte noch Verrat auf Verrat üben, wie die SPD. vorausgesetzt hatte.

Die sozialdemokratischen Minister bewilligten den Panzerkreuzerbau. Die sozialdemokratischen Führer redeten sich aus, als sie die Empörung der Massen sahen: Das war ein Fehler, wir werden ihn wieder gutmachen, die zweite Rate wird nicht bewilligt. Und dann schwiegen die Herren sozialdemokratischen Minister auch bei der Bewilligung des Haushaltsplans, in dem die zweite Panzerkreuzerrate eingesetzt wird. Frech schrieb die sozialdemokratische Presse: Was wollt ihr, es ist doch ganz selbstverständlich, daß die zweite Rate bewilligt werden muß, wenn die erste Rate bewilligt ist. Gerade in diesen Tagen haben die Brüder von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten sich über den Haushaltsetat geeinigt, und das bedeutet:

- Es werden weiter Panzerkreuzer gebaut!**
- Es wird weiter gekämpft zum Kriege!**

Die SPD. rief die Frauen zur Protesteinzzeichnung gegen den Panzerkreuzerbau. Hunderttausende zeichneten sich ein, aber weitere Hunderttausende Frauen standen noch unwissend abseits.

Die SPD. entwarf inwieweit ihr Wehrprogramm, jenes Schanddokument, in dem sie positive Wehrpolitik für die kapitalistische Republik vertritt und der Reichswehr zustimmt. Die sozialdemokratische Frauenpresse schwieg zu allem beharrlich. Die „Frauenwelt“ brachte Romane und Modenschau, aber kein Wort vom Panzerkreuzerbau und Wehrprogramm der SPD. Mitte April rief sie, sich selbst zum Vorne, die Frauen zu einem internationalen Frauentag gegen den imperialistischen Krieg, für den „Völkerfrieden“ auf.

Die SPD. sagte den proletarischen Frauen: Befreit euch von dem gefährlichen Wahn, in den euch die SPD. versetzen möchte, das Kapital hat keine Feinde, es ist friedlich, könnte den Frieden sichern. Niemals! Nur mit dem Sturze des Kapitalismus wird die Quelle aller Kriege verschüttet!

Die Bourgeoisie versucht durch ihre Frauenorganisationen, Verbandsvereine usw., die Frauen als Helfershelfer für den Profitkrieg vorzubereiten. Die kommunistische Partei aber sagt den proletarischen Frauenmassen: Macht euch wehrhaft für den Klassenkrieg des Proletariats, stärkt Körper und Geist für den Kampf! Ihr Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, treibt Sport und Wanderungen im vollen Bewußtsein: Wir müssen uns körperlich ertüchtigen, müssen uns vorbereiten auf den revolutionären Klassenkrieg! Geht hinein in den Roten Frauen- und Mädchenbund, die proletarische Frauenorganisation, die gegen den imperialistischen Krieg kämpft!

So ruft und lehrt die SPD. die proletarischen Frauenmassen. Im Kampf um Lohn und Brot stand die Partei stets führend an der Spitze. Sie führte den Kampf der Arbeiterinnen in den Textilbetrieben, unterstützte sie, wo die Gewerkschaftsführer ihnen in den Rücken fielen und ihren Streik für „wild“ erklärten. Sie rief die Frauen an der Ruhr und organisierte ihren hartnäckigen Widerstand gegen die Lohnabbauoffensive des Kapitals. Sie sagte den Arbeiterinnen und Arbeiterinnen: Ihr müßt zusammenkommen, eure Lage beraten, euer Kampfprogramm beschließen und nach einheitlichen Richtlinien kämpfen.

Die Frauen befolgten ihren Rat. Sie organisierten, von der SPD. unterstützt, eine Reihe von Konferenzen werktätiger Frauen, die zum Sprachrohr aller Ausgebeuteten und -Entrechteten, zur Tribüne wurden, von der der revolutionäre Kampfruf in die Betriebe drang.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition verfocht unentwegt die Interessen der Arbeiterinnen, entwarf die reformistische Gewerkschaftsführer, die durch die Anerkennung des Schlichtungssystems, die Zustimmung zu den Schandschiedsprüchen die Interessen der Arbeiterinnen mit Füßen traten. Die Opposition sagte: Die Frauen gehören gleichberechtigt im Kampfe an die Seite der Kollegen. Arbeiterinnen und proletarische Hausfrauen wurden in den Kampfleitungen gewählt. Man wählte Arbeiterinnen, auch wenn sie unorganisiert waren, in die Betriebsräte.

Mehr und mehr werden die proletarischen Frauenmassen durch die Initiative der SPD. und der Gewerkschaftsopposition in die revolutionäre Kampffront als gleichberechtigte Mitkämpferinnen eingereiht. Zehntausende marschierten in ganz Deutschland zum Internationalen Frauentag auf, folgend dem Rufe der kommunistischen Internationalen. Die kommunistische Fraktion im Reichstag, in den Landtagen und Stadtparlamenten kämpfte hartnäckig und ununterbrochen für die Verbesserung der sozialen Fürsorge.

Für den Schutz für Mutter und Kind, gegen den Abtreibungsparagrafen 218.

Alle Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten, lehnten ihre Anträge ab. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellte keine eigenen Anträge für Mutter und Kind. Aber zum Frauentag der Zweiten Internationalen gab die SPD. ein läugerliches Bildflugblatt heraus, auf dem sie den Frauen vormachen wollte, daß die SPD. für Verbesserung der sozialen Fürsorge kämpfe. Und das gleichzeitig, während die SPD. in Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien um die Große Koalition dem Abbau der sozialen Fürsorge, der Er-

Bundes-Befehl!

Heraus zum 1. Mai — Heraus zur Sammel- und Werbeweche!

Kameraden!

Der Innenminister Erzsejnski droht mit dem Verbot der SPD. und des KPD.

Der Sozialdemokrat Jörgiebel will am 1. Mai ein Blutbad unter den Berliner Arbeitern anrichten.

Die Sozialdemokratie heßt gegen die Sowjetunion, und ihre Minister bauen Panzerkreuzer, bringen einen Wehretat für die deutsche Aufrüstung ein und belaften die Arbeiter mit neuen Steuern.

Die reformistische Bürokratie spaltet die proletarischen Massenorganisationen.

Das Reichsbanner bündelt sich dem Trustkapital in Bettelbriefen Hörstings als Knüttelgarbe gegen die revolutionäre Arbeiterchaft an!

Kameraden!

Unsere Werbe- und Sammelwoche vom 28. April bis 5. Mai, die revolutionären Demonstrationen am 1. Mai, der internationale Aufmarsch in Hamburg richten sich gegen die imperialistischen Kriegsrückungen, gegen die Abrüstungsheuchelei der Imperialisten, gegen die Verbotsandrohung Erzsejnskis, gegen die Blutpläne Jörgiebels, gegen die Spalter der proletarischen Massenorganisationen, gegen Hunger- und Kriegspolitik der Koalitionsregierung, gegen den Sozialfaschismus des Reichsbanners, der SPD. und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie!

Wir werden und mobilisieren alle Arbeiter

- für die Verteidigung der Sowjetunion,
- für die revolutionären Maidemonstrationen,
- für den Aufmarsch zum internationalen Treffen in Hamburg,
- für den Roten Frontkämpferbund und die Rote Jugendfront!

Heraus zur Werbe- und Sammelwoche! Heraus zum 1. Mai!

An alle Kameraden, Ortsgruppen und Abteilungen ergeht folgende Anweisung:

- 28. April: Groß-Sammeltag zum Reichstreffen. Antrreten um 8 Uhr in allen Agitationslokale, Empfang der Plakette, Sammellisten und Teilnehmerkarten. Beteiligung aller Kameraden ist Pflicht.
- 29. und 30. April: Werbung von Mitgliedern und Sammlung für Kominterngeschenk und Reichstreffen in den Betrieben.
- 1. Mai: Teilnahme aller Kameraden an den Maidemonstrationen und -festen der SPD. Verstärkter Betrieb unserer Reichstreffen-Plakette und illustrierten Zeitungen.
- 2. bis 4. Mai: Fortsetzung der Werbe- und Sammelstätigkeit in den Betrieben und Versammlungen der Arbeiterorganisationen.
- 5. Mai: Großwerbe- und Sammeltag in allen Ortsgruppen und Abteilungen.
- 6. Mai: Berichterstattung und Abrechnung aller Ortsgruppen an die Durchführung.

Bundesführung des KPD.

Am 1. Mai - Straße frei!

Die Bewegung in der deutschen Arbeiterschaft, den 1. Mai zu einer wichtigen Kampfsache zu machen, wächst.

Im Bezirk Halle-Merseburg beschloß eine Sitzung der Interessengemeinschaft der ausgeschlossenen Arbeiterportreine, am 1. Mai unter revolutionären Losungen zu demonstrieren. Die gleiche Resolution nahm die Belegschaft der Firma Ringesleben, Baustellen Agfa, Wolfen, Schulneubau und Bergstraße an.

Eine gutbesuchte Versammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher in Erfurt nahm gegen nur sechs Stimmen fanatischer Sozialdemokraten und wenigen Stimmenthaltungen eine Entschlieung für den Aufmarsch am 1. Mai mit der SPD. an.

Eine Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes in Solingen beschloß Arbeitsruhe und Beteiligung an der revolutionären Demonstration am 1. Mai.

17 proletarische Organisationen in Wermelskirchen im Rheinland schlossen sich zu einem Mailomitee zusammen und forderten die Arbeiterschaft zu revolutionärer Demonstration auf. Der Vorstand und Aufsichtsrat der proletarischen Freiberger Solingen nahm eine Entschlieung an, daß sich die Freiberger an dem Maiaufmarsch unter Führung der kommunistischen Partei beteiligen.

500 Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes Solingen richteten einstimmig einen Appell an die Arbeiterschaft des oberen

Reißes Solingen, den 1. Mai durch völlige Arbeitsruhe und geschlossene Beteiligung an der Demonstration unter revolutionären Losungen zu begehren.

Eine Mitgliederversammlung des Deutschen Verkehrsbundes der Straßenbahner in Oberhausen, die zur Lohnbewegung Stellung nahm und ein Kampfbündnis mit den Bergarbeitern, Eisenbahnern und den Staats- und Gemeinbediensteten forderte, beschloß in einer zweiten Entschlieung, daß am 1. Mai der Betrieb der Oberhausener Straßenbahn vollkommen stillgelegt wird.

Die Speditionarbeiter in Stettin nahmen gegen nur drei Stimmen eine Entschlieung an, am 1. Mai geschlossen mit der SPD. zu demonstrieren.

Das Gewerkschaftskomitee von Kloster Sinna beschloß entgegen den Vorschlägen der sozialdemokratischen Kollegen, am 1. Mai unter den Parolen der revolutionären Arbeiterschaft zu demonstrieren. Als Redner wurde ein kommunistischer Redner angeordnet.

Eine Versammlung der Bauarbeiter der Großbauten G. m. b. H. Baustelle Dammort, in Hamburg beschloß einstimmig, unter revolutionären Losungen am 1. Mai mit der SPD. zu demonstrieren.

Die Bezirkskonferenz des Arbeiterjugendbundes in Hamburg nahm einen Antrag an, am 1. Mai unter roten Fahnen mit der SPD. zu demonstrieren.

höhung der Massensteuern und Zölle, der Herabsetzung der Vermögenssteuern zustimmte.

Die SPD. kämpfte gegen die zunehmende Kulturreaktion, gegen das Konfordat, das die SPD. heimlich in Preußen gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien beschloß, gegen die religiöse Verbummung und nationalstatische Verengung der Kinder in der Schule. Die SPD. ruft den Frauen zu: Laßt euch nicht länger veraten und verkaufen. Die SPD. hat euch die Treue gehalten, ihr ganzes Sein und Streben ist nur dem revolutionären Klassenkampf geweiht. Spaltet auch ihr die Treue! Die Bourgeoisie erzittert, denn sie sieht das wachsende Vertrauen des Proletariats zu seiner Führerin, der SPD. Darum die Verbotsandrohung gegen die SPD. und den KPD.

Arbeiterinnen, antwortet, indem ihr euch um die kommunistische Partei schart! Wir brauchen nicht nur eure Stimmen, die ihr bei der Wahl für uns abgibt, wir brauchen euren kampfbereiten Willen, wir brauchen Millionen Frauen in der revolutionären Klassenfront! Beweist Vertrauen zur SPD.! In Massen hinein in die SPD. als Antwort auf die Verbotsandrohung! Heraus am 1. Mai, am Weltkampftag des Proletariats!

Die Arbeiterinnen haben nichts zu verlieren als ihre dreifach geschmiedeten Ketten, sie haben zu gewinnen ihre volle Freiheit und Gleichberechtigung!

Deutschnational-Sozialdemokratische Einheitsfront im Korruptionsstumpf

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter)

(Fig. Ver.) Berlin, 24. April.

Der Landtag nahm in seiner Mittwochssitzung mit 210 Stimmen der Regierungsparteien gegen 96 Stimmen der Kommunisten, der Wirtschaftspartei und der Volkspartei das Gesetz über die Verlängerung der Gewerbesteuer in zweiter Lesung an. Die Deutschnationalen beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

An der folgenden Abstimmung über das von den Kommunisten wegen der Korruptionswirtschaft der Preußenklasse gegen den Finanzminister eingebrachte Mißtrauensvotum beteiligten sich Deutschnationale und Volkspartei nicht. Der Mißtrauensantrag wurde mit 207 Stimmen der Regierungsparteien gegen 70 Stimmen der Kommunisten und kleiner Gruppen bei 15 Enthaltungen der Wirtschaftspartei abgelehnt. Die Nichtbeteiligung der Deutschnationalen und der Volkspartei an der Abstimmung bedeutet in Wirklichkeit eine Vertrauensstunde für den Finanzminister der Weimarer Koalition. Diese Parteien haben auch alle Verantwortung für den Rückgang der Sozialdemokratischen Demonstration und der

Zentrums zufrieden zu sein, denn unter seiner Verantwortung wurden Hunderte von Millionen der Steuerzahler von der Preußenklasse an die Genossenschaftsklassen der Großagrarien verschont, die damit Korruptionsgeschäfte betrieben.

Die Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensantrages bedeutet, daß von der SPD. bis zu den Deutschnationalen alles in diesem Korruptionsstumpfe ein Herz und eine Seele ist!

Franziskanerpater-Ghre mit 200 Mark gerettet

Unser verantwortlicher Redakteur Genosse Seifert wurde in Olsewitz zu 200 Mark Geldstrafe oder 40 Tagen (!) Gefängnis verurteilt, weil er es „wagte“, über die Mißionspredigt des Franziskanerpaters Bernhard in Leobschütz einen Artikel zu veröffentlichen. Nun ist die „Ghre“ des frommen Paters wieder als unbesetzt zu betrachten. Noch ist das Konfordat nicht abgeschlossen, aber schon heilen sich die Klaffwunden des Staates nach dem Motto „Liebe deine Feinde“ drakonische Strafen gegen die Kirchenfeinde zu verhängen.

Erich Wollenberg: „Als Rotarmist von München“

176 Seiten, illustriert, kartoniert 2 Reichsmark. Wollenberg liefert in diesem Werk zum ersten Male eine eingehende Darstellung der militärischen und, soweit diese davon beeinflusst wurde, der politischen Ursachen der Niederlage der Münchener Räterepublik. Daß dabei einige Leute, die sich während der letzten Jahre im Glanze ihrer revolutionären Vergangenheit gekannt haben, nicht gut wegkommen, kann nur als Zeichen einer selbständigen, von äußeren persönlichen Dingen unbeeinflussten Darstellung betrachtet werden. Toller und Klingelhöfer besonders wurden scharf kritisiert. Wenn alle angeführten Tatsachen der Wahrheit entsprechen, und bei dem wirungsvollen Gesamteindruck ist das mit großer Sicherheit anzunehmen, dann haben beide, ebenso wie die übrigen führenden „unabhängigen“, ein gerüttelt Maß Schuld, dann wird die revolutionäre Arbeiterschaft ihre bisherige Meinung über die Revolutionsführer grundlegend ändern müssen. Die populäre, spannende Darstellung verdient, von jedem Arbeiter gelesen zu werden. Der Internationale Arbeiter-Verlag hat mit diesem Buch den Werttätigen eine gute Ergänzung seiner „Illustrierten Geschichte der Deutschen Revolution“ gegeben, auf die in diesem Zusammenhang besonders hingewiesen werden soll. Das Buch selbst hat einen wirkungsvollen Einband erhalten, dessen Entwurf der bekannte revolutionäre Künstler John Heartfield lieferte. Das Buch ist 176 Seiten stark, reich illustriert, und kostet 2 Reichsmark. Jedem Leser unserer Zeitung empfehlen wir dringend die Anschaffung. Das Buch ist in der Literatur-Vertriebsstelle Arsenal, Feldstraße 50, Berlin.

Keine Siebenstundenschicht

Von E. K. Sobotta

In einem früheren Artikel haben wir bereits den Nachweis geführt, daß der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissel mit dem vorgelegten Bergarbeitergesetz auch den Schichten der noch tariflich gültigen Siebenstundenschicht befreit und die Achtstundenschicht einführen will. Die Regelung der Arbeitszeit durch diesen Wisselschen Gesetzentwurf ist ein solcher Skandal, daß selbst die „Bergbau-Industrie“ daran Kritik üben muß. In Nummer 13 vom 23. März beschloß sich die „Bergbau-Industrie“ mit dem Gesetzentwurf und sagt zur Frage der Arbeitszeit wörtlich: „Das aber würde dann bedeuten, daß an Stelle der heute im Tarifvertrag vorgesehenen Siebenstundenschicht die Achtstundenschicht oder falls Pausen eingelegt sind, sogar die Achteinhalbstundenschicht die Regel sein würde.“

Nicht nur die Achteinhalbstundenschicht würde nach dem Gesetzentwurf die Regel, sondern auch die Neunstundenschicht und noch mehr könnte die Regel werden.

Nach dem zweiten Absatz des § 23 des Gesetzentwurfs kann die oberste Landesbehörde jederzeit die Befreiende Arbeitszeit um eine halbe Stunde verlängern. Nun wissen wir, daß die oberste Landesbehörde durch die Oberbergämter bzw. die Bergverwalter vertreten wird. Das Verlangen der Grubenherren geht schon lange dahin, dieser Behörde die Befugnisse zu geben, die Arbeitszeit willkürlich verlängern zu dürfen. Der Verzicht hierzu ist auch schon gemacht worden.

Im Jahre 1925 verlangte die Verwaltung der Zeche „Margarete“ vom Betriebsrat, daß er die Zustimmung zur Verlängerung der Arbeitszeit für die mit der Kohlengewinnung beschäftigten Bergarbeiter an vier Wochenenden um je zwei Stunden geben solle. Der Betriebsrat lehnte das ab. Auch eine Belegschaftsversammlung lehnte einstimmig diese Mehrarbeit ab. Darauf wandte sich die Zecheverwaltung an die Bergbehörde und verlangte, daß aus Gründen des „Gemeinwohls“ diese eine längere Arbeitszeit anordnen sollte. Der Bergrat Reimerdes erließ darauf unter dem 15. Mai 1925 eine Verordnung, durch die die Bergarbeiter der Zeche „Margarete“ verpflichtet wurden, an vier Wochenenden zehn Stunden arbeiten.

In dem Untersuchungsausschuß, der auf Grund eines Antrages der kommunistischen Landtagsfraktion eingelegt wurde, wurde festgestellt, daß die Bergbehörde kein Recht hatte, eine solche Verordnung zu erlassen. Die Verordnung des Bergrats Reimerdes, der hier als Vertreter der obersten Landesbehörde gehandelt hat, mußte zurückgenommen werden. Der Wisselsche Gesetzentwurf will aber der Bergbehörde jetzt dieses Recht einräumen. Nach ihm (Absatz 2, § 23) kann die oberste Landesbehörde, und das ist in diesem Falle die Bergbehörde, die vom Ministerium die Befugnisse der obersten Landesbehörde übertragen sind, jederzeit „aus Gründen des Gemeinwohls“ die Schichtzeit um eine halbe Stunde verlängern.

Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissel besorgt hier nur das, was die Grubenherren seit langem verlangt hatten.

Was weiter in dem Gesetzentwurf zur Frage der Arbeitszeit festgelegt wird, ist eine Verhöhnung der Bergarbeiter. Der § 23 legt die Siebenstundenschicht ohne Pausen fest. Die §§ 24 bis 30 lassen aber jede auch nur erdenkliche Möglichkeit zur Verlängerung der Arbeitszeit bis zu zehn Stunden unter Tage zu. Auf all die Einzelheiten hier einzugehen, ist gar nicht möglich. Dazu müßte man ein ganzes Buch schreiben. Nur ein Beispiel sei hier angeführt: Im § 24, Absatz 4, heißt es:

„Jede im Untertagebetrieb oder in einer seiner Abteilungen wegen eines Festtages, der nicht als solcher im Arbeitschutzgesetz anerkannt ist, oder wegen eines außergewöhnlichen Ereignisses Arbeit aus, so daß sie bei Ausfall bis zu einem Arbeitstage binnen einem Monat, bei Ausfall von mehr als einem Arbeitstage binnen drei Monaten nach dem Ausfall nachgeholt werden.“

Nach dieser Bestimmung ist folgendes möglich: Ist in einer Woche ein katholischer Feiertag oder sonst irgendeine Feiertagschicht, an der nicht gearbeitet wird, so kann in der nächsten Woche oder in der übernächsten Woche die Arbeitszeit um eine Stunde täglich verlängert werden, bis die acht Stunden herausgeholt sind. Oder wenn aus irgendeinem außergewöhnlichen Ereignis — Schachtreparaturen, Abzugmangel, Waggonmangel oder sonstigen Betriebsereignissen — eine Schicht gestrichelt wird, so kann ebenfalls durch tägliche Verlängerung der Arbeitszeit bis zu einer Stunde dieser Ausfall nachgeholt werden. Wenn man bedenkt, daß im Laufe des Jahres mindestens acht bis zehn solcher Tage, die gesetzlich als Arbeitstage gelten, vorkommen können, an denen aber aus vorgenannten Gründen nicht gearbeitet werden kann, so ergibt das allein die Möglichkeit,

an mehr als 80 Arbeitstagen im Jahre die Schicht um eine Stunde zu verlängern.

Der § 25 läßt eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde zu:

„Für Weibervänner, Schichtmeister und sonst bei der Beaufsichtigung der Arbeiter oder bei Arbeitsvorarbeiten Beteiligte mit Arbeiten, die zur Vorbereitung oder zum Abschluß des Betriebes oder zur Verbindung zweier unmittelbar aufeinanderfolgender Schichten unerlässlich sind.“

Hierunter fallen sicherlich 25 bis 30 Prozent der unter Tage Beschäftigten. Denn, was kann nicht alles unter „Vorbereitung eines Betriebes“ gerechnet werden. Kutschen umlegen, Strecken ausbauen, ja sogar Steine verpacken im Streb usw. werden die Grubenherren unter diese Bestimmungen zu bringen suchen und bei der bekannten Einstellung der Bergbehörden damit auch Erfolg haben. Das Letzte ist aber, was der Absatz 4 des § 25 sagt. Darin heißt es nämlich:

„Treuen Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten mit Ausnahme auf Grund anderer Verteilung der Arbeitszeit nach § 24 zusammen, so daß die Verlängerung der regelmäßigen Schichtzeit des § 23 zwei Stunden täglich nicht überschreitet.“

Also, demnach ist es möglich, die im § 23 mit 7 1/2 Stunden festgesetzte Schichtzeit bis auf 9 1/2 Stunden zu bringen, ohne irgendwelche Vereinbarung durch Mehrarbeitsabkommen oder Tarifvertrag.

Der „Bergknappe“, das Organ des christlichen Gewerksvereins, schreibt darum auch:

„Zunächst ist nach dem Entwurf nicht nur eine Achteinhalbstundenschicht, sondern sogar eine neun- bis zehnstündige Schichtzeit unter Tage möglich.“

Kann also durch die besonderen Bestimmungen die Schichtzeit unter Tage bis auf zehn Stunden verlängert werden, so darf man die Schichtzeit, die die Fassung des § 23, Absatz 1, enthält, nicht außer acht lassen. Dieser heißt:

„Die Schichtzeit darf je nach dem Umfange der täglichen und falls in die Schichtzeit Ruhepausen oder Arbeitsunterbrechungen von insgesamt mindestens einer halben Stunde fallen, acht Stunden täglich nicht überschreiten.“

Warum sagt man da nicht, die Schichtzeit beträgt einschließlich Ein- und Ausfahrt 7 1/2 Stunden. Warum spricht man da von Ruhepausen oder Arbeitsunterbrechungen? Was sind Ruhepausen oder Arbeitsunterbrechungen? Bei der Untersuchung der Reichsbergräte gegen die Bergbehörden vor dem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags im Jahre 1926 erklärten die Bergräte Thiele und Riedelshausen, daß als Ruhepausen alles das anzuzählen ist, wobei der Kampf nicht direkt Kohle haßt oder schreit. Der Weg vom Schacht zur Arbeitsstelle und zurück, die fünf Minuten Wartezeit, das Ausschleichen an der Kiste, alles wurde von diesen Herren als Ruhepausen betrachtet. Wenn der Lehnhauer einen vollen Kohlenwagen

zum Stapel brachte und dort fünf Minuten auf Seeren warten mußte, galt bei den Herren als Ruhepause. Diese Praktiken werden ohne Zweifel auf Grund des Wisselschen Meisterwerkes voll in Blüte und Geltung kommen, um die Schichtzeit von achteinhalb und mehr Stunden einzuführen.

Wirklich, der „Bergknappe“ hat recht, wenn er schreibt: „Der Bergarbeitergesetzentwurf atmet den Geist des extremen Kapitalismus. Herr Brandt könnte bei diesem famosen Gesetzentwurf Pate gestanden haben. Er entspricht ganz dem Geiste der Schachtmacher in der Schwerindustrie.“

Jawohl, der Gesetzentwurf trägt den Geist der schlimmsten Schachtmacher. Nur der raffinierteste und mit den Arbeitsverhältnissen im Bergbau bis ins kleinste vertraute Unternehmernest könnte einen solchen Gesetzentwurf ausarbeiten.

Wenn der „Bergknappe“, dann aber weiter schreibt:

„Wir hätten nicht gedacht, daß der sozialistische Reichsarbeitsminister Wissel einen solchen Entwurf, der eine Verlängerung der Schichtzeit bis zu neun Stunden und mehr zuläßt, der Öffentlichkeit übergeben würde.“

Können wir ihm nicht ganz zustimmen. Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissel konnte diesen Gesetzentwurf nur vorlegen, weil er weiß, daß Herr Zimusch und der „Bergknappe“ diesem Gesetz genau so, wenn auch in etwas veränderter Form zustimmen werden, wie die Hufemann und Wissel. Wenn der „Bergknappe“ schreibt, daß bei dem Gesetzentwurf Herr Brandt (das ist der reaktionäre Generaldirektor des Ruhrgebietes) Pate gestanden haben könnte, so muß dazu gesagt werden, und das sollte der „Bergknappe“ wissen,

Die Gesamtarbeiterschaft zahlt für die Kohlenbarone!

Müller-Regierung, Lohnsteuer und Ruhrschiedspruch

Für den Ruhrbergbau ist jetzt ein Schiedspruch gefällt worden, der alle Arbeiter angeht, weil sie an Stelle der Kohlenherren die geringe Lohnerhöhung der Ruhrbergarbeiter zahlen müssen. Der Schiedspruch zeigt gleichzeitig, wie die sozialdemokratischen Führer immer neue Kombinationen des Arbeiterbetruges erfinden, um auch die geringste Belastung der besitzenden Klasse zu verhindern.

Die Tatsachen sind folgende: Die Ruhrbergarbeiter fordern für die Kohlenmagnaten nachgewiesen werden. Die sozialdemokratischen Führer erkannten, daß man den Bergarbeitern mindestens einige Pfennige geben müsse, wenn überhaupt noch Aussicht sein sollte, einen Streik abzuwenden. Die Unternehmer erklärten, daß sie keinen Pfennig bewilligen werden.

So wurde der Plan ausgehört, für Arbeiter und Unternehmer die Beiträge zur Knappschaftsversicherung herabzusetzen. Die Unternehmer sollten einen Teil der dadurch erparten Summen in Form einer geringen Lohnzulage wieder abgeben. Die Arbeiter ersparen auch ein paar Pfennige, und das sollen sie als einen Teil der Lohnerhöhung betrachten. Da aber die Knappschaftsversicherung bei herab-

setzung erfolgen, die Leistungen der Knappschaftsversicherung dürften nicht abgebaut werden und die Unternehmer erhöhte Beiträge und die geforderte Lohnerhöhung zahlen müssen. So wie es die sozialdemokratischen Führer im Verein mit der Koalitionsregierung abgeklart haben, bezahlen die Arbeiter den Kohlenmagnaten ein riesiges Millionengeschäft. Auch die Bergarbeiter zahlen mit, denn auch sie werden dadurch geschädigt, daß die Lohnsteuer nicht gesenkt wird, abgesehen davon, daß der Schiedspruch für den Ruhrbergbau für die Bergarbeiter ein Noth ist.

Wie gesagt, machen bei der ganzen Regelung die Unternehmer ein Riesengeschäft. Das ist die Politik der Koalitionsregierung. Die Arbeiter werden bis aufs Hemd ausgeplündert und den Unternehmern werden Millionen über Millionen in den Taschen gewaschen. Gegen diese Politik der Hungerregierung muß die Arbeiterklasse unter Führung der kommunistischen Partei entschlossene Gegenwehr leisten.

Schon Anfang 1927, wie in der Begründung des Gesetzes gesagt wird, war der Geist und Inhalt dieses reaktionären Schachtmachergesetzes den Herrschaften vom christlichen Gewerksverein und dem Verband der Bergbauindustriearbeiter bekannt. Sie haben aber nichts unternommen, um die Bergarbeiter auf die Gefahr aufmerksam zu machen. Im Gegenteil, sie haben geschwiegen und noch nicht einmal das Mehrarbeitsabkommen am 1. Februar zum 30. April dieses Jahres gekündigt. Sie haben das Mehrarbeitsabkommen nicht gekündigt, weil sie wußten, daß das reaktionäre Schandwerk jetzt an die Öffentlichkeit kommt, und daß es ihnen dann die Empörung der Bergarbeiter unmöglich machen würde, ein neues Abkommen zur Beibehaltung der Achteinhalbstundenschicht abzuschließen.

Durch den Verzicht auf die Befestigung des Mehrarbeitsabkommens und die Einführung der Siebenstundenschicht ab 1. Mai ändern die Fraktionisten des „Bergknappens“ und der „Bergbauindustrie“ den Weg zur Beibehaltung der Achteinhalbstundenschicht und der in dem Gesetzentwurf vorgesehenen Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 1/2, 9 und 10 Stunden. Der Gesetzentwurf ist erst möglich geworden auf Grund der Politik, die die Bürokratie des christlichen Gewerksvereins sowie die Verbände der Bergbauindustriearbeiter in den letzten Jahren betrieben haben. Wissel als sozialdemokratischer Reichsarbeitsminister trägt jetzt nur das Werk sozialdemokratischer und reaktionärer Arbeiterverrats.

Textilarbeiter!

Schluß mit der Geheimdiplomatie der Gewerkschaftsbürokraten!
Scharf euch um die Gewerkschaftsopposition!
Organisiert den Kampf!
Wählt in jedem Betrieb eine Kampfleitung!
Bengt euch nicht einem Schlichtungsdiplom!

geleisteten Beiträgen die bisherigen Leistungen nicht ausreichten, sollte sie aus Mitteln der Lohnsteuer entschädigt werden. Zu diesem Zweck sollten der Arbeiterschaft mehr Millionen an Lohnsteuer abgepreßt werden, als nach dem vom Reichstag angenommenen Gesetz, der sogenannten Ley-Brüning, zulässig wäre.

Dieser Plan wird durchgeführt.

Nach der Ley-Brüning, wie sie am 12. August 1925 im Reichstag angenommen worden ist, durfte jährlich nicht mehr als 1200 Millionen Lohnsteuer erhoben werden. Ergab sich im Verlaufe eines halben Jahres ein Mehrertrag, so sollte die Lohnsteuer entsprechend gesenkt werden. Das Gesetz wurde im Jahre 1927 dahingehend geändert, daß der jährliche Höchstbetrag der Lohnsteuer 1300 Millionen nicht überschreiten soll.

Die Müller-Regierung will aber jede Begrenzung des Lohnsteuerertrages aufheben. In den letzten Tagen haben die Regierungsparteien einen Entwurf zur Abänderung der Ley-Brüning eingebracht, dessen entscheidender Paragraph folgendermaßen lautet:

„Übersteigt das Auskommen aus der Lohnsteuer im Rechnungsjahr 1929 oder in einem darauf folgenden Rechnungsjahre, letztmals im Rechnungsjahr 1934, den Betrag von 1300 Millionen Reichsmark, so wird von dem Ueberschuß

- a) der Betrag bis zu 75 Millionen Reichsmark zur Erleichterung der knappschaftlichen Pensionsversicherung und zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit und
- b) der Rest für den Ausbau und die Erhaltung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Sozialversicherung dem Haushalt des Reichsarbeitsministeriums überwiesen.“

Man erkennt aus diesem Antrag, daß von dem Ertrag der Lohnsteuer, der 1300 Millionen übersteigt, 75 Millionen die Knappschaftsversicherung erhalten soll. Der etwaige Rest ist in die bedürftigen Klassen der Sozialversicherung fließen, denen in Hilferding 184 Millionen Bargeld, das ihnen zufließt, entzogen hat. Die Lohnsteuer wird also nicht gesenkt. Alle Arbeiter zahlen den Zuschuß an die Knappschaftsversicherung, damit die Beiträge gesenkt werden können. Die Kohlenherren machen ein glänzendes Geschäft, wenn die lächerliche Lohnerhöhung, die sie zahlen müssen, macht nicht sozial aus als wie sie durch die ermäßigten Beiträge zur Knappschaftsversicherung profitieren.

Die Ermäßigung der Knappschaftsbeiträge für die Bergarbeiter wäre gewiß zu begrüßen. Aber sie dürfte nicht an Stelle einer Lohn-

Holzarbeiterbürokratie plant Massen-ausschlüsse!

Vorgebrachte Ausschlußformulare

In letzter Zeit sind wiederholt Ausschüsse oppositioneller Kollegen aus dem Holzarbeiterverband erfolgt. Die Bürokraten planen an scheinend, diesen Kurs noch weiter zu verstärken. Zur Erleichterung der Massenausschlüsse hat der Verbandsvorstand besondere Formulare drucken lassen, die im Druck folgenden Vermerk zeigen:

„Weil Sie... durch das Statut begründeten Anordnungen des Verbandsvorstandes resp. der Ortsverwaltung beharrlichen Widerstand geleistet haben. (§ 94 c).“

Die „Arbeiterzeitung“ Baden vom 22. April 1929 ist in der Lage, einen solchen fertigen Vorwurf zu veröffentlichen. Darin erhält der Genosse Alfons Kehler die lapidare Mitteilung, daß die Verwaltungsstelle Mannheim den Ausschluß beantragt hat mit der Begründung, daß er bei den Arbeiterratswahlen bei der Farbenindustrie in Ludwigshafen auf der Liste der Opposition kandidiert habe. Auch in Dresden sollen zwei Genossen ausgeschlossen werden, die sich ebenfalls „Vergehens“ in der Nähmaschinenfabrik von Selbel & Raumann schuldig gemacht haben sollen.

Die Ausschüsse erfolgen deshalb, weil die Stimmen, die für die oppositionellen Listen abgegeben worden sind, gemaltige Steigerungen aufweisen. Die Amsterdamer sind über die Erfolge der Opposition so erschrocken, daß sie glauben, nur mit Ausschlußmaßnahmen ihre letzten Positionen retten zu können.

Dabei kommt ihre ganze innere Verlogenheit zum Ausdruck. Wir können feststellen, daß da, wo sozialdemokratische Betriebsräte mit Christen und Gelben auf einer Liste stehen, keine Ausschüsse vorgenommen werden. So ist bei den Betriebsratswahlen der F. G. Farbenindustrie Frankfurt a. M. das Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes Max Schmidt auf einer Einheitsliste der Reformisten und Christen gewählt worden. Dieser Schmidt wird selbstverständlich nicht ausgeschlossen, denn er hat ja ein SPD-Mitgliedsbuch in der Tasche.

Wieder Unterschlagung im Fabrikarbeiterverband

Die Bürokratie des Fabrikarbeiterverbandes hat entschieden Pech. Eine Unterschlagung nach der anderen wird aufgedeckt. Wieder ein „alter bewährter Gewerkschaftler“ mit 3000 Mark Verbandsgebühren verschwunden. Der Bezirkssekretär aus Jagen, Treischel, lange Zeit Reaktor bei der sozialdemokratischen „Volksstimme“, der besonders das Mitteilungsblatt „Der freie Gewerkschaftler“ zur schamlosen Kommunistenhebe benutzte, hat diese Verbandsgebühren unterschlagen. Die Gewerkschaftsführer haben ihn nicht etwa im Stich gelassen, sondern ihn „verpflichtet“, das Geld in Monatsraten von 15 bis 20 Mark zurückzahlen. Natürlich ist das nur ein Vorwand, um die Kollegen zu beruhigen. Durch Fürsprache des Arbeitgeber-Syndikus hat Treischel sogar Arbeit bekommen. Die Korruptionsfälle im Fabrikarbeiterverband häufen sich mit der Zunahme des Kampfes gegen die Opposition. Weil Brey und seine Anhänger unter allen Umständen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hinauswerfen wollen, bedürfen müssen sie sich solcher Elemente bedienen und schämen, die sich an den sauer erworbenen Beitragsgrößen der Arbeiter persönlich bereichern.

Berichtigung

Auf der Vorschlagsliste der revolutionären Opposition zum Hauptbetriebsrat bei der Reichsbahn ist unter Nummer 27 ein Fehler enthalten. Es muß dort heißen anstatt: Knöde, Gottlieb, Paul, d. e. r., G o t t l i e b.

Oberschlesien

Bürgerlich-sozialistische Einheitsfront gegen die kommunistischen Verbesserungsanträge im Beuthener Stadtparlament

Wenn man sich die beiden Eröffnungsreden des reaktionären Stadtoberhauptes Knackil und des Räumers Dr. Kasperowicz zum Inhalt angehört hat, so kann man sagen, daß zwei Menschen gesprochen haben, die einen Gedanken und einen Sinn haben, und zwar den, mit neuen Steuern die Arbeiterklasse und die kleinen Gewerbetreibenden auszubeuten. Man hat viel geredet davon, was für Bauten im vergangenen Jahre erstellt worden sind, aber eins hat man vermüht, und zwar, wieviel Arbeiterwohnungen man gebaut hat. Daß Tausende von Wohnungsuchenden tagtäglich nach dem Wohnungsbauamt pilgern und Tausende in elenden Kellerwohnungen hausieren, wo Hunderte von Arbeiterkindern an Tuberkulose oder an der Schwindsucht sterben, das kümmert diese reaktionäre sozialistische Kommune Beuthen gar nicht. Die Rede des Oberbürgermeisters, in der er den Mut fand, zu sagen, die Steuern haben noch keinen Gewerbetreibenden lahm gemacht, zeigt, wohin der Weg geht, nämlich zu weiterer Steuererhöhung, zu weiterer Ausbeutung der Gewerbetreibenden und der Werktätigen überhaupt.

Fast jedes zweite Wort, das aus dem Munde des Räumers Kasperowicz kam, war: Sparen und nochmals Sparen! Er sprach von einem Notjahr.

Diese bürgerlich-sozialdemokratische Meute, der das Wasser bis an die Gurgel steht, will auf einmal sparen. Nicht aber auf Kosten der Kapitalisten, sondern auf Kosten der kleinen Leute. Man hat gesprochen vom Sparen, aber mit praktischen Vorschlägen kamen weder die Bürgerlichen noch die Sozialisten. Die kommunistische Fraktion war es, die die Auflösung aller Fonds und ihre Ueberweisung an den Wohlfahrtsrat forderte. Ferner verlangte die SPD-Fraktion, alle beschriebenen Posten, die als „Sonstiges“ und dergleichen bezeichnet sind, zu streichen, da sie einige Hunderttausende Mark ausmachen. Alle diese Anträge wurden von den Deutschnationalen bis zu den Sozialisten abgelehnt. Die Deutschnationalen stellten sogar den Antrag, einen Betrag von 5000 Mark zu freilegen, der im Etat zur Anschaffung von Berufsausbildung für arme Lehrlinge und Lehrlinginnen vorgesehen ist.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Strophulose verlangte die kommunistische Fraktion, den Betrag von 50 000 Mark auf 75 000 Mark und zur unentgeltlichen Abgabe von Säuglingsnahrung und

Milch von 10 000 auf 15 000 Mark zu erhöhen. Alle diese Anträge wurden von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt. Ferner verlangte die kommunistische Fraktion, den Wohlfahrtsrat um 200 000 Mark zu erhöhen. Aber die bürgerlich-sozialistische Einheitsfront war stärker, und der Antrag wurde abgelehnt. Sogar die Unitäre, dem Arbeiter-Samariterbund, bei dem Sozialdemokraten im Vorstand sitzen, 1500 Mark und der roten Hilfe 500 Mark zu bewilligen, wurden von den Sozialdemokraten abgelehnt.

Das eine ist bezeichnend, daß die Sozialdemokraten zu dem ganzen Etat keinen einzigen Antrag gestellt haben, sondern im Gegenteil, alle Anträge der kommunistischen Fraktion mit den bürgerlichen Parteien niederknieten. Gemisse Drzymalla hat in seinen Ausführungen den heuchlerischen Rednern die Maske heruntergerissen und betonte, daß die ganzen Reden von Anfang an bis zum Schluß nichts als ein Theater bedeuten und leere Phrasen sind. Man hat festgestellt, daß man einem Kapellmeister während der ganzen Winterzeit ein Gehalt zahlt, ohne den Menschen irgendwie zu beschäftigen. Der Urheber zu der ganzen Geschichte ist der Oberbürgermeister, denn er hat die betreffende Person aus Oppeln nach Beuthen hergelockt. Herr Knackil war es, der im Schützenhaus beim ersten Konzert dem Kapellmeister die Hände geschüttelt hatte und ihn den Stadtverordneten empfahl als eine gute Kraft. Wenn sich heute die Sozialdemokraten darüber entrüsten, so ist das nur Demagogie, weil sie ihre Zustimmung zur Anstellung gegeben haben.

Die kommunistische Fraktion wird aber im Kampfe gegen diese faulende bürgerlich-sozialdemokratische Kommune nicht nachlassen, sondern alle ihre Kräfte anspannen, um diese korruptierte bürgerliche Staatsmaschine zu zerstören. Den Werktätigen von Beuthen sagen wir, es ist nur ein kleiner Teil aus der Staatsverwaltung, und aus diesem zieht eure Lehre, tretet ein in die kommunistische Partei, helft mit uns kämpfen, denn nur auf diesem Wege werden wir zum Siege schreiten. Wenn ihr im Herbst wieder an die Wahlurne gehen werdet, so ruft ihr euch zu: keine Stimme diesen bürgerlichen Parteien und der SPD, sondern jede Stimme der einen Partei, die den rücksichtslosen Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung führt, und das ist die kommunistische Partei Deutschlands.

Hindenburg

Deffentliche Anträge an den Magistrat

Wie ich höre, soll das Landratsamt umgebaut und dort die kaufmännische Berufsschule untergebracht werden. Auch soll für ein Magistratsmitglied eine Dienstwohnung für nur 14 000 Mk. in diesem Gebäude hergerichtet werden. Ich bewohne auf der Kanalstraße mit meiner neumlippigen Familie eine Stube von 18 Quadratmeter Größe.

Wie wäre es, wenn statt des Magistratsmitgliedes, das bestimmt außer seiner Frau glücklicher Besitzer eines Schöckhündchens sein dürfte, ich mit meiner großen Familie die Wohnung zugewiesen bekommen würde? Magistrat, antwortet! Franz Mazur.

Beuthen

Klassenkampf gegen Freidenker

Am Sonntag veranstaltete der Bund sozialistischer Freidenker im Promenadenrestaurant einen freireligiösen Abend. Durch zwei Theaterstücke, „Der Sittensrichter“ und „Dunkle Mächte“, freigeistige Vieder, vorgelesen durch die Frauen-Gesangsabteilung, und Konzert der Schalmeyerkapelle des Roten Frontkämpferbundes wurde der Abend ausgefüllt und beifällig aufgenommen. Trotzdem am Vormittag von den Kanzeln die „Stellvertreter Gottes“ gemeinste Gegenpropaganda und Hege gegen diese Veranstaltung trieben, war der große Saal vollständig besetzt; sie war ein voller Erfolg.

Außer der Hege von der Kanzel wurde auch der Wirt des Lokals mit Bohloht durch die „Christen“ bedroht. Doch der Wirt, Herr Mussol, hatte mit den „Vertretern Gottes“ schon schlechte Erfahrungen gemacht. Als er sich im Vorjahre infolge Bauwierigkeiten an den Pfarrer Sczybyny-Mohberg mit der Bitte um eine Hypothek wandte, wurde er ganz kalt und höhnisch abgebeißt. Neben der eht „christlichen“ Drohung mit dem Bohloht drohte man noch, die Feuerschreibe seines Lokals einzuschlagen.

Die Werktätigen müssen auf diese Methoden der „Himmels-gendarmen“ sofort eine kräftige Antwort geben. Diese muß lauten: Austritt aus der Kirche, Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht und verstärkte Aufklärung der Klassengenossen über das wahre Wesen der Religion.

Unterstützungszahlungen

Die Auszahlung der Unterstützungen für den Monat Mai 1929 erfolgt in der Parade Bohstraße an Ortsarme am 1. Mai 1929 vormittags von 8,30 bis 12,30 Uhr und nachmittags von 3,30 bis 5,30 Uhr, an Pflegegeldempfänger am 1. Mai 1929 nachmittags von 3,30 bis 5,30 Uhr.

Berichtigung

Zu dem in Nr. 88 vom 11. April d. J. erschienenen Artikel „Ausbeutung des Dienstpersonals im katholischen Fürsorgeamt Beuthen“ wird uns von der Leitung desselben mitgeteilt, daß die Einsprüche für die im Artikel gemachten Angaben auf der Polizei protokolllarisch widerufen habe.

Diese Mitteilung geben wir hiermit bekannt.

Ratibor

Mieterprotest gegen den Magistrat

In einer am Sonntag, dem 21. April, nachmittags 1 Uhr, stattgefundenen Mieterversammlung der Kolonie „Vogelsang“ sprach der Genosse König über die Wohnungspolitik des Magistrats der Stadt Ratibor. Ausgehend von der wirtschaftlich-politischen Lage der Arbeiterklasse überhaupt, beleuchtete der Referent eingehend die auch schon an dieser Stelle angeprangerte Wohnungspolitik des Magistrats und deren Auswirkungen auf die Mieter der Kolonie „Vogelsang“. Nach der Aufzählung einer Reihe von Mißständen in der Distrikts durch einzelne Mieter wurde die Versammlung nach Wahl einer dreigliedrigen Kommission, die in der Frage der Räumungslagen bei dem Magistrat vorzulegen werden wird, geschlossen.

Mieter der Kolonie „Vogelsang“, schließt auch zusammen und kämpft um eure Forderungen!

RFB auf Landtag

Eine neue Ortsgruppe gegründet

Dem Rufe der „Roten Kavallerie“ des Roten Frontkämpferbundes am Sonntag, dem 21. April, zur Landtagung zu fahren, waren zwölf Kameraden nachgekommen. Vormittags 9 Uhr trafen sich die Kameraden mit ihren Stahlrossen und bearbeiteten fünf Ortschaften, in denen ungefähr zusammen 300 Stück Zeitschriften wie „Süß Jahre RFB“, „Die Rote Front“ und die „Arbeiter-Zeitung“ ungesetzt wurden. Um 4 Uhr nachmittags fand in Gama eine öffentliche Versammlung statt, die gut besucht war. Die Ausführungen des Kameraden König wurden mit Zustimmung und Beifall auf-

genommen. Im Anschluß daran wurde eine Ortsgruppe des RFB gegründet, der ungefähr 15 Kameraden sofort beitraten. Wir begrüßen die neuen Kameraden der Ortsgruppe mit einem kräftigen „Rot Front!“

Leidige Arbeitslose mühen verhungern

Sehr sonderbare Methoden wendet das Wohlfahrtsamt gegenüber den leidigen Unterstützungsempfängern an. Man will sparen, und da sollen die leidigen Arbeitslosen das Objekt hierzu sein. Alle erdenklichen Schikanen reihen gegen diese Gruppe von Unterstützungsempfängern ein. Die Folge ist nicht zuletzt die Sperrung der Unterstützung. Gleich bei der Antragstellung verweist man sie auf Arbeit. Sie sollen auf die Balge gehen, trotzdem diese Herren am Wohlfahrtsamt zu genau wissen, daß ja nicht nur in Ratibor Arbeitslosigkeit herrscht.

Die Arbeitslosen protestieren auch das härteste gegen die Handlungsweise des Wohlfahrtsamtes. Was wird jetzt der „Ober“ für eine Ausrede finden? Wir fordern Abhilfe!

Reichsbahndirektion hekt gegen die Eisenbahner

Wir erhalten eine Zuschrift vom Betriebsrat des RAB. Gleiwitz, die wir hiermit veröffentlichen:

Die gesamte bürgerliche Presse Oberschlesiens brachte in den letzten Tagen einen Artikel über die Löhne der Eisenbahner, der nur zur Bezeichnung der Deffentlichkeit gegen die Eisenbahner in ihrem Lohnkampf dienen soll. In diesem Artikel wird ein Durchschnittslohn aufgeführt, dem, obwohl er für die heutigen Verhältnisse völlig unzureichend ist, die ober-schlesischen Löhne der Eisenbahner nicht einmal in der Spitzengruppe gleichstellen. Man berechnet hierbei den Durchschnitt der Löhne im Reichsmittel, der aber bestimmt auch noch zu hoch gegriffen sein dürfte. Wir fragen die bürgerliche Presse sowie die Pressestelle der Reichsbahndirektion Oppeln, warum sie nicht die ober-schlesischen Löhne anführt, was für unsere wirtschaftlichen Belange in Frage kommt?

Bei diesen Gedanken scheint den Herren der Pressestelle der RAB. Oppeln sowie der bürgerlichen Presse die Schamröte ins Gesicht gestiegen zu sein, weshalb man sich auf andere demagogische Art zu helfen wußte und ganz entstellte Zahlen in die Presse lancierte. Wir holen deshalb ihren Verlegenheitsgedanken nach, und lassen kurz ober-schlesische Wochenverdienste der Eisenbahner folgen. Es erhalten folgende Lohngruppen mit einem Kinde:

Lohngruppe I	= 42,42 M
Lohngruppe II	= 39,36 M
Lohngruppe III	= 36,30 M
Lohngruppe IV	= 33,24 M
Lohngruppe V	= 31,71 M
Lohngruppe VI	= 30,60 M
Lohngruppe VII	= 30,18 M
Lohngruppe VIII	= 23,55 M

Von den hier angeführten Lohngruppen dürfte nur ein ganz geringer Prozentsatz von Bediensteten betroffen sein, während die weit überwiegende Mehrzahl von den Lohngruppen V bis VII betroffen wird. Dies sind die Verdienste der höchsten Ortsklasse A, innerhalb des Bezirks Oberschlesien, und es ist zu bedenken, daß die Löhne noch mal in fünf Ortsklassen sich unterteilen, wobei dann in den niedrigsten Klassen erheblich viel niedrigere Verdienste zum Vorschein kommen. Die sozialen Abzüge einschließlich Steuern betragen wöchentlich im Durchschnitt 7 Mark und mehr.

Es wird darum bestimmt einem jeden möglich sein, sich das Fettleben der ober-schlesischen Eisenbahner vorzustellen. Diese Demagogen könnten getrost versuchen, einen Monat von diesen „hohen“ Löhnen zu leben, und dann die Erklärung abgeben, ob noch eine Lohnerhöhung notwendig ist. Wenn man in dem Artikel auch von Gehingeherdiensten reden will, so scheint den Herren nicht klar zu sein, unter welchen ungeheuren, fast diehischen Anstrengungen ein solcher herausgeschunden wird. Hierbei hat aber die Eisenbahnerverwaltung den größten Profit, während der Arbeiter hierbei aber nicht immer einen Gehingeherdienst erzielt. Stände der Lohn besser, so würden die Eisenbahner gern auf das Gehingeherdienst, welches ihnen überhaupt keine Vorteile bietet, vielfach aber kaputte Knochen, und bestimmt langames Siechtum einbringt.

Dobrek-Karl

Frau Derber prügelt ihr Dienstmädchen!

Auf Grund des § 11 des Pressgesetzes sendet uns Herr Adolf Derber folgende Berichtigung:

Es ist nicht wahr, daß das Dienstmädchen von der Frau Derber mit einem Kochtopf an den Kopf geschlagen bekommen hat. Die Tatsache ist die, daß das Dienstmädchen durch ihr Verschulden und Unachtsamkeit das Fleisch hat auf dem Herd andrennen lassen, worüber ihr Frau Derber Vorwürfe machte. Das Dienstmädchen hat ohne Kündigung den Dienst verlassen auf Grund eines Gehaltstreites mit einem bei Derber angestellten Milchkuher. Frau Derber hat ihr den Lohn voll ausgezahlt ohne jeglichen Abzug. Es ist nicht wahr, daß Frau Derber keine Fittalkameraden für das Mädchen hat. Genau so unwahr ist es, daß das Mädchen während ihrer Kochzeit Milch austragen muß, sie trägt vielmehr nur fünf Liter Milch an Tage nach Berichtigung ihrer häuslichen Arbeit aus.

Grottkau

Nach Auffassung Orzeszinskis ist alles in Ordnung

Die kommunistische Landtagsfraktion hat vor einiger Zeit folgende kleine Anfrage eingebracht:

In Gennersdorf, Kreis Grottkau, war bei dem Gutsbesitzer Raabe der Arbeiter Ambros als Friseur beschäftigt.

Am 8. Januar 1928 wurde diesem Arbeiter gekündigt, und durch eine Wohnungsraumungsklage legte der Friseur durch, daß Ende April 1928 die Familie Ambros auf die Straße gesetzt wurde. Das Mobiliar der Familie wurde an drei verschiedenen Stellen in Scheunen untergebracht. Dort hat das Mobiliar acht Tage lang gestanden. Später wurde der Familie eine „Wohnung“ in einem Wagenschuppen zugewiesen. Ohne Heizung, ohne Licht, ohne Wasser, ohne Fenster, Matten und Mäuse fühlten sich in dieser „Wohnung“ wohl, aber die Familienangehörigen sind dabei krank geworden. Der Sanitätsrat Dr. Gampel erklärte, daß in dieser „Wohnung“ kein Mensch gesund werden könne. Der Familie wurden noch zwei andere „Wohnungen“ zugewiesen. Diese waren noch schlechter als die oben beschriebene. Alle Vorstellungen beim Gemeindevorstand Rietner waren zwecklos. Dieser Herr hat zwar die Familienangehörigen des öfteren angeknäuel, aber eine menschenwürdige Wohnung hat er nicht geschafft.

Wir fragen das Staatsministerium:

1. Ist bekannt, daß sich solche Vorgänge auf dem Lande häufig abspielen?
2. Welche Maßnahmen sind in Aussicht genommen, um solche skandalöse Zustände zu beseitigen?

Darauf lief erst am 18. April folgende Antwort Orzeszinskis ein, die so recht die Einstellung dieses „Arbeitlers“ kennzeichnet:

„Die Familie Ambros ist inzwischen in einer aus Stube und Küche bestehenden Wohnung von etwa 40 Quadratmeter Größe untergebracht worden. Die Angelegenheit ist somit erledigt.“

Das von den Behörden angewendete Verfahren gibt mir zu Beanstandungen keinen Anlaß und kann keineswegs als „Skandalös“ bezeichnet werden.

Der Bauerngutsbesitzer Raabe in Gennersdorf, Kreis Grottkau, hatte dem Arbeiter Ambros, der mit ihm beschäftigt war, und eine Werkwohnung innehatte, das Arbeitsverhältnis gekündigt. Auf Grund eines von Raabe erwirkten vollstreckbaren gerichtlichen Räumungsurteils wurde Ambros, der es unterlassen hatte, sich rechtzeitig selbst um ein anderes Unterkommen zu bemühen, zwangsweise aus der Werkwohnung entfernt. Zwei ihm halb angebotene Unterkommen hatte er zurückgewiesen, obgleich diese jetzt von anderen Familien als Kolobdach benutzt werden. Das daraufhin der Familie Ambros von der Ortspolizeibehörde zugewiesene Unterkommen war für eine vorläufige Unterbringung ausreichend. Der Arzt Dr. Gampel hat dieses Obdach nicht, wie in der „kleinen Anfrage“ angegeben, für ungeeignet erklärt.

Oppeln

Der prügelnde Religionslehrer in der Oberrealschule

Nicht nur, daß die Kinder in den Volksschulen geprügelt werden, müssen wir nun auch erfahren, daß sie in den höheren Schulen, sobald ihre Eltern nicht höhere Beamte oder sonstige Wohlheute sind, in unmenschlicher Weise geschlagen werden. Dabei zeichnet sich der Religionslehrer Oberstudient Franzl von der Oberrealschule in Oppeln ganz besonders aus. Den Sohn eines oberen mittleren Beamten hat er kürzlich so geschlagen, daß der Junge mit Schwielen im Gesicht und blutunterlaufenen Schwielen nach Hause kam. Die Schläge hatte der Junge erhalten, weil er nicht gleich bei Beginn des Kommunionunterrichts zur Stelle war, obgleich es sich nachträglich herausstellte, daß der Junge keine Mühe zum Schwänzen dieses Unterrichtes hatte, sondern lediglich ein Versehen vorlag, was ja sicher diesem Gottesstreiter Franzl auch schon vorgekommen sein wird. Die Eltern des Jungen haben sich mit Recht sofort beschwerdebefähigt an den Leiter der Schule gewandt und ihm mitgeteilt, daß ihr Junge ab sofort nicht mehr an diesem Kommunionunterricht teilnehmen darf. Wir sind gespannt, was mit diesem schwarzen Prügelpädagogen geschehen wird. Wenn es sich nur um das Kind sogenannter besserer Eltern handeln würde, dann hätte die Schulaufsichtsbehörde schon längst Grund zum Einschreiten gefunden, aber Kinder von Eltern, die weniger begütert sind, können ruhig hämisch geschlagen werden, denn desto williger und geduldiger sind sie dann in der großen Herde der gläubigen Schafe.

Wie der Oppelner „Kurier“ lügt

Der „Kurier“ schreibt in seiner Nummer nach der Stadtverordnetenversammlung dreist und frech, der kommunistische Stadtverordnete Girndt sei für den Kasernenbau eingetreten. Selbstverständlich ist das eine große Lüge, und man sollte annehmen, daß eine Zentrumszeitung, die angeblich „für Wahrheit, Freiheit und Recht“ kämpfen will, zu solchen verlogenen Mitteln, einen Gegner zu belächeln, nicht greifen sollte. Der „Kurier“ ist deshalb gerade über den Genossen Girndt so wütend, weil er in der letzten Stadtverordnetenversammlung die verlogene Schreibweise dieser Zeitung vor aller Deffentlichkeit anprangerte.

Vor einem Jahre beschloß die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit, dem Reichswehrministerium das Angebot zu machen, daß, wenn Kavallerie nach Oppeln für die jetzige Infanterie kommen sollte, man bereit sei, 1,5 Millionen Mark für Kasernenbauten und eine Gierzierplatzvergrößerung auszugeben. Nur die Kommunisten traten schon damals ganz energisch gegen diese Verschwendung öffentlicher Gelder ein. Jetzt, nachdem fast ein Jahr seit diesem Beschluß vergangen ist, schwindelt der „Kurier“ seinen Lesern vor, das Reichswehrministerium habe die Stadt Oppeln zu dieser Ausgabe gezwungen.

Lügen haben bekanntlich kurze Beine, und viele Zentrumsanhänger haben sich schon bestätigt, daß sie diese schamlose Kampfmethode, die den „Kurier“ schon im Kampf gegen die „Oppelner Nachrichten“ auszeichnete, ganz entschieden ablehnen und von einer solchen Zeitung nichts wissen wollen.

Sandball-Wettbewerb

Wir machen noch einmal auf das am Sonntag folgende Spiel Reustadt gegen Freie Lutherkirche Oppeln aufmerksam. Das Spiel findet um 15 Uhr auf dem ehemaligen RFB-Sportplatz, Kosenberger Straße, statt.

Vereinigte Theater
Lobe-Theater
 Von Sonnabend, den 27. 4.
 bis Sonnabend, den 4. 5.
 täglich 20.15 Uhr
 Zum ersten Male
 Das Grabmal des un-
 bekannten Soldaten
 von Paul Ragnal
 Sonntag, 28. 4., 15.30 Uhr
 Finden Sie, das Constance
 sich richtig verhält?

Thalia-Theater
 Von Sonnabend, den 27. 4.
 bis Freitag, den 3. 5.
 Rivalen
 Amerikan. Schauspiel von
 Anderson u. Stallings; frei
 bearbeitet
 von Carl Judmayer
 Sonnabend, 4. 5., 20.15 Uhr
 u. Sonntag, 28. 4., 15.30 Uhr
 Dreimal Hochzeit

Trinkt
Leclnerv, Vitavin
 in allen Apotheken und Drogerien erhältlich
Alois Henschel & Co.
 Breslau, Brunnenstr. 34 — Tel. 307 85

Kolonialwaren, Zigarren und Zigaretten
Fritz Püschel
 Hirschberg, Sechsstätte Nr. 10 a

Franz Potstada Hirschberg
 Außer Burgstr. 3
 Ros.-Risch- und Würstwaren

Ämtliche Bekanntmachung
 von Weistein
 Betr.iff: Berufschulbeiträge 1928
 In Eingahlung der
 Berufschulbeiträge für 1928
 wird bei Vermeidung zwangsweiser Ein-
 gahlung innerhalb 3 Tagen ersucht,
 Weistein, den 24. April 1929
 Der Gemeindevorsteher
 Hertwig

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300
 Täglich 20 Uhr
Die gold'ne Meilsterin
 Sonntag 15¹/₂, (nachm. 3¹/₂) Uhr:
 In vollständigem Preisen
 (Bezett BR. 2.50 u/w.)
Der Rastelbinder

Nähmaschinen
 Singer / Adler / Dürkopp / Rayser
 Knopfloch- und Zielen-Maschinen für
 Schmelzer und Schuhmacher
Fahrräder, Sprechapparate
 Reparatur-Werkstatt
Georg Greulich
 Breslau, n. n. Gummerstr. 20 u. 22
 Kleine Anzahlung
 wöchentliche Abzahlung 2.50 Mark.

Wintergarten
 Jeden Sonntag
Großer Ball Anfang
 4 Uhr
Liegnitz, Wiesenstraße

Radio -
 Anlagen und
Grammophone
 in allen Preislagen
 Streng reelle und fachmännische
 Bedienung

Sie decken Ihren Bedarf in
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
 vorteilhaft
 im Sortimentslager
Karl Brendel
 Gottesberg, Markt 12

Schaefer-Einreibung
 berüht und bewährt bei Rheumatismus
 und Nervenschmerz, wird nach einem
 alten Original-Rezept in meinem La-
 oratorium hergestellt in Flaschen zu
 0.50, 0.90, 1.90 M. Helen.-Apoth. Münster-
 berg Schles., Ring 17 Ecke Bahnhofstr.

Fleisch- und Würstwaren
Otto Radtke
 Schweidnitz / Frühstückstube

Kostenlose Vorführung
 aller Apparate bereitwilligst in den
 Geschäftsräumen der
 Radiofonbau-Gesellschaft m. b. H.
STREBLER
 Paul-Ehrlichstraße 14 (Nähe Ring)

Gartengeräte und
Werkzeuge aller Art
 führt in großer Auswahl
Berthold Mager & m. b. H.
 Jauer

Stadttheater Breslau
 (Opernhaus)

Freitag, 18.30 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie H 17
Die Wallfische
 Sonnabend, 20 Uhr
Der Dämon
 Sonntag, 15 Uhr
 Einmalige Nachmittags-Aufführung
 zu ermäßigten Preisen (Gr. 2)
Die Fiedermans
 Sonntag, 20 Uhr
Der Kiegende Gekänder

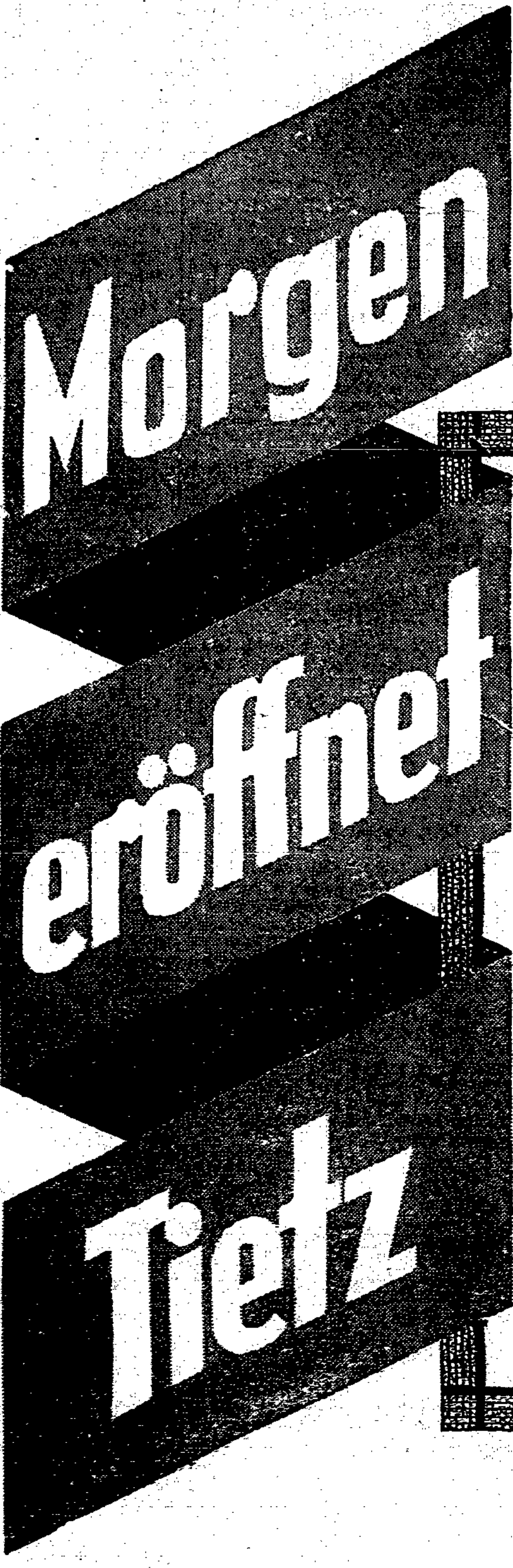
Kabeljau	32,-
Seelachs	29,-
Koteletts	68,-
Flundern 1/2 Pommersche 1/4 Pfd.	19,-
Riesen- Bratheringe Stück	22,-

Nordsee
Breslauer
Fischhallen
 Bohrer Str. 2 — Schmiedebriicke 19 u. 21
 Neue Schweidnitzer Straße 18
 Anderssonstraße 2 — Gräbchenstr. 8

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch . . . Pfd.	0.90—1.20
Schweinefleisch . . .	1.50
Schweinefleisch . . .	1.40
Rindfleisch o. Knoch. Pfd.	1.10—1.30
Eisenerfleisch . . .	0.80—1.00
Rindfleisch m. Knoch. . .	1.10—1.30
Rindfleisch o. Knoch. . .	von 1.20 an
Rinderfleisch . . .	1.40
Bratenfleisch . . .	1.20—1.30
Feische Schweineköpfe . . .	Pfd. 0.50
Feischer Speck (deutsch) . . .	1.10
Schweinefleisch (deutsch) Stribenfest . . .	1.00
Gulaschfleisch . . .	Pfd. 0.80
Gebacktes . . .	Pfd. von 0.70 an
Lungenfett . . .	0.80
Gepökelte Eisbeine . . .	1.00
Rinderfleisch (deutsch) . . .	Pfd. 1.20
Reinlicher Schinken . . .	1/4 Pfd. 0.60
Hoher Schinken . . .	1/4 Pfd. 0.80
Wachschinken . . .	1/4 Pfd. 0.65
Preßkopf, Maraballa . . .	1/4 Pfd. 0.20
Metzwurst . . .	1/4 Pfd. 0.30
Bratenfleisch . . .	1/4 Pfd. 0.30—0.40
Leberwurst . . .	1/4 Pfd. 0.20—0.40
Bratenfleisch . . .	Pfd. 0.80—1.00
Rindfleisch . . .	Pfd. 0.60—0.80
Feischer Schinken . . .	1/4 Pfd. 0.45
Geräucher. Bratenfleisch Paar	0.20—0.30

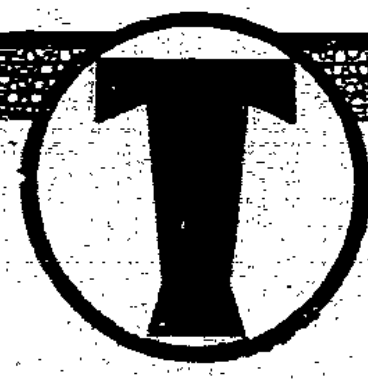
Wie alle anderen Fleisch- u. Wurst-
 waren zu billigsten Preisen empfiehlt
Adolf Weiß
 Fleischerei und Wurstfabrik, Breslau
 Mattheistraße 13 / Fernspr. 26 660



Am Sonnabend,
den 27. April

nachmittags um 3 Uhr, wird
 unser neues Haus in Breslau,
 Ohlauerstr. 71-73, eröffnet.
 Wir laden Sie hiermit ein,
 der Eröffnung beizuwohnen
 und unsere Verkaufsräume
 zwanglos und ohne Kauf-
 verpflichtung zu besichtigen.

Leonhard Tietz
Akt.-Ges.
Breslau.



Dr. Köpcke
 Spezialarzt für
 Haut- u. Geschlechts-
 krankheiten. Seit
 18 Jahren in
 Breslau. 23
 000 Patienten.
 Patent N. 1.80 u. 1.86
 in fast allen Apotheken.
 Dr. Köpcke & Co.
 Leipzig 832

Schuh-
waren
 kaufen Sie gut und
preiswert
 bei
J. Koschany
 Liegnitz
 Haynauer Straße 8

Zigaretten
 eigenes Fabrikat
Zigaretten
 Rauch- u. Kautabak
E. Woll
 Schweidnitz
 Büttnerstr. 26

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einladungskarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Rotationsdruck
Massenaufgaben
 prompt und
 preiswert

PEUVAG
 Papier- Erzeugungs-
 und Verwertungs-
 Aktien- Gesellschaft
 Berlin
Fil. Breslau
 Trebnitzer Str. 50

Inserate
 haben in
 unserer Zeitung
guten
Erfolg